

Liberal-demokratische Partei Basel-Stadt • Vereinigung der Liberalen und des Gewerbes •
Liberal-demokratische Partei Riehen/Bettingen • Jungliberale Basel

Liberaler Vorstösse mit Blick auf die Zukunft!

Verschiedene Mitglieder der Liberalen Fraktion im Basler Grossen Rat haben Vorstösse eingereicht, welche zukunftsgerecht Lösungen zum Ziel haben. Andreas Albrecht fordert in einer Motion die Zulassung von Sonnenkollektoren auf Hausdächern in der Stadt- und Dorfbildschutzzone. Andreas Burckhardt möchte - ebenfalls mit einer Motion - eine Verbesserung der Konkurrenzfähigkeit unseres Kantons im Steuerwettbewerb erreichen. Heiner Vischer möchte mit seinem Anzug das gebührenfreie Parkieren von Elektromobilen auf Allmendparkplätzen erlauben. Und Christine Wirz-von Planta fragt den Regierungsrat in einer Interpellation, wieso bei ‚Minibaustellen‘ in Wohnquartieren gleich zu Dutzenden Parkplätze gesperrt werden.

Einen sinnvollen Interessenausgleich zwischen zeitgemässer Energieversorgung und Schutz historischer Bausubstanz fordert LDP-Grossrat Andreas Albrecht in seiner Motion. Hier er Text: Gemäss § 13 Abs. 1 des baselstädtischen Denkmalschutzgesetzes (DSchG) sind in der Stadt- und Dorfbild-Schutzzone die nach aussen sichtbare historisch oder künstlerisch wertvolle Substanz und der entsprechende Charakter der bestehenden Bebauung zu erhalten. Dächer dürfen nicht abgebrochen werden. Diese Regelung wird im Wesentlichen in § 37 des baselstädtischen Bau- und Planungsgesetzes (BPG) rekapituliert.

Zu strenge Praxis

Die zuständigen Behörden interpretieren diese gesetzlichen Regelungen so, dass Sonnenkollektoren (Kollektoren zur Warmwasseraufbereitung und Solarzellen zur Gewinnung von elektrischem Strom) auf Dächern von Gebäuden in der Stadt- und Dorfbildschutzzone generell nicht bewilligt werden können, sofern sie vom Boden aus sichtbar sind.

Interessen abwägen

Das öffentliche Interesse an der Erhaltung von historisch oder künstlerisch wertvoller Bausubstanz ist unbestritten. Ebenso unbestritten ist aber

auch das öffentliche Interesse an einem sparsamen Umgang mit nicht erneuerbaren Energiequellen, woraus sich ein öffentliches Interesse an der Förderung alternativer Energiequellen und insbesondere an der Förderung der Nutzung der Sonnenenergie ergibt.

Nicht mehr zeitgemässe Regelung

Die geltende restriktive Regelung in Bezug auf die Anbringung von Sonnenkollektoren auf Dächern von Gebäuden in der Stadt- und Dorfbildschutzzone entspricht nicht mehr einer zeitgemässen Güterabwägung. Sonnenkollektoren

Ein eingespieltes Team

Es ist keineswegs selbstverständlich, dass sich Persönlichkeiten bereit erklären, ehrenamtliche Funktionen in einer Partei zu übernehmen. Und noch weniger selbstverständlich ist es, wenn sie dies über längere Zeit tun. Umso mehr freut es mich, dass sich an der letzten Mitgliederversammlung mit einer Ausnahme sämtliche Kolleginnen und Kollegen des Vorstandes für eine neue Periode zur Wiederwahl gemeldet haben. Und Sie, werte Mitglieder, haben uns denn auch im Amt bestätigt. Dafür danke ich Ihnen - und meinem Vorstand für das Engagement. Mit einem eingespielten Team können wir nun den nächsten Herausforderungen begegnen. Zwar ist 2009 kein Wahljahr, trotzdem - oder gerade deshalb - ist es wichtig, dass die Liberalen kontinuierlich an guten Lösungen zu Gunsten unseres Stadtkantons arbeiten. Man soll der LDP nicht vorwerfen können, sie mache sich nur bemerkbar, wenn es um Wahlen geht...

Christoph Bürgenmeier



Mit Solardächern umweltfreundliche Energie erzeugen, dies soll auch in der Stadt- und Dorfbildschutzzone möglich sein. So fordert es Andreas Albrecht in einer jüngst eingereichten Motion.

Inhalt

Liberaler Vorstösse mit Zukunft	1
Ein eingespieltes Team	1
Jahresversammlung der LDP Basel-Stadt: Führungsteam bleibt	4
Pensionskasse Basel-Stadt: Sanierung muss echt paritätisch erfolgen	5
Bildungsraum Nordwestschweiz: LDP steht zu diesem wichtigen Projekt	6
Mitglieder werben Mitglieder	6
Quartierverein Grossbasel-West: Traditioneller Apéro bei Christine Wirz-von Planta	7
Wahlkampfauftakt in Riehen	8
Eine persönliche Meinung: Das sollt me verbiete	9
Liberaler Richter	9
Liberaler in Schulkommissionen und Schulräten	9

Rubriken

Dr Schaggi Barteschlag maint	12
Aufnahmen, Termine und Veranstaltungen	12

sollen - im Rahmen der üblichen Bauvorschriften - auf Dächern von Gebäuden in der Stadt- und Dorfbildschutzzone angebracht werden können, auch wenn sie vom Boden aus sichtbar sind, sofern dabei nicht historisch oder künstlerisch wertvolle Bausubstanz (wie etwa ein historisch wertvolles Dach) unwiederbringlich zerstört wird.

Keine Beeinträchtigung historischer Bausubstanz

Der Regierungsrat wird daher im Sinn von § 42 der Geschäftsordnung des Grossen Rates gebeten, dem Grossen Rat innerhalb eines Jahres eine Vorlage zur Ergänzung der eingangs zitierten gesetzlichen Regelungen im folgenden Sinne zu unterbreiten: Die Anbringung von Sonnenkollektoren auf Dächern von Gebäuden in der Stadt- und Dorfbildschutzzone und in der Stadt- und Dorfbildschonzone ist zulässig, sofern dabei keine historische oder künstlerisch wertvolle Bausubstanz unwiederbringlich zerstört wird. Die Bewilligungsbehörde kann zur Wahrung eines einheitlichen Erscheinungsbildes gestalterische Auflagen machen. Die Vorschriften über die Denkmäler und die allgemeinen Zonenvorschriften des Bau- und Planungsgesetzes bleiben vorbehalten.

Motion Andreas Burckhardt: Rasch Handeln im Steuerwettbewerb

Ein rasches Handeln zu Gunsten einer Verbesserung der Konkurrenzfähigkeit unseres Kantons im Steuerwettbewerb fordert Andreas Burckhardt (s. Kasten rechts). Er begründet seinen Vorstoss wie folgt: An der Sitzung des Grossen Rates vom 12. Dezember 2007 ist mit Stichtentscheid der Präsidentin die Aufnahme eines Artikels über die Entlastung der Dividenden, welche Regierung und WAK übereinstimmend beantragt hatten, gestrichen worden. In der Zwischenzeit haben verschiedene Kantone, die damals eine solche Entlastung noch

nicht kannten, diese eingeführt (Waadt (ab 09), Genf (Vorbehalt obligatorisches Referendum am 17.05.09), Fribourg (ab 09), Jura (ab 09), Wallis (sogar retroaktiv ab 07!)) Tessin (09)). 24 von 26 Kantonen und der Bund haben also schon das neue System eingeführt oder werden es demnächst einführen. Noch nicht dabei sind nur noch Neuenburg und Basel-Stadt. Folglich hat BS einmal mehr - wie schon in den letzten Jahren bei der Abschaffung der Kapitalgewinnsteuer oder bei der Abschaffung der Erbschafts- & Schenkungssteuer für Nachkommen - gegenüber den Unternehmen, insbesondere gegenüber den KMU, sein Image als steuerpolitisch rückständiger Hochsteuernkanton gefestigt. Die steuerpolitische Landschaft hat sich gegenüber dem Jahr 2007 grundlegend geändert, was eine Neubeurteilung der Situation erfordert.

Motion trotz laufender Unterschriftensammlung

Die Regierung hat durchblicken lassen, dass sie einen neuerlichen Vorstoss aufgrund des Entscheides des Grossen Rates nicht von sich aus angehen will. Obwohl auch eine Unterschriftensammlung für eine Volksinitiative läuft, soll mit dieser Motion der Dringlichkeit des Anliegens Rechnung getragen werden und eine Einführung per 1. 1. 2010 ermöglicht werden. Die Sache eilt, weil sich in der Zwischenzeit auch bei Steu-

erberatungen zeigt, dass Unternehmen, die eine entsprechende Beteiligung an einem Unternehmen halten, vor der Ausschüttung von Dividenden dringend eine Wohnsitzverlegung in einen Nachbarkanton empfohlen werden muss, wodurch dem Kanton die Einkommens- und Vermögenssteuern dieser natürlichen Personen entgehen und bei KMU naturgemäss gleichzeitig eine Sitzverlegung der Unternehmung ins Auge gefasst wird. Da die Regierung ihre Argumentation (mit Ausnahme der nun fast schweizweit einheitlich umgesetzten Entlastung) bereits vorgebracht hat, sollte die Vorlage rasch vorgelegt werden können. Die Motion wurde vom Grossen Rat am 3. Juni mit 48:39 Stimmen überwiesen.

Anzug Heiner Vischer: Umweltfreundliche Fahrzeuge fördern

Elektrofahrzeuge sind für die Zukunft eine hoffnungsvolle Technologie, um den CO2 Ausstoss zu senken (vorausgesetzt natürlich, dass der Strom, mit dem sie «betankt» werden, auch aus wieder erneuerbarer Energieproduktion gewonnen wird). Heiner Vischer, Grossrat und Mitglied der grossrätlichen Kommission für Umwelt, Verkehr und Energie (UVEK) hat kürzlich einen von 38 Mitgliedern des Rates unterzeichneten Anzug zum Thema «gebührenfreies und unbefristetes Parkieren von Elektroautos auf Allmend-

Motion zur Verbesserung der Konkurrenzfähigkeit unseres Kantons im Steuerwettbewerb

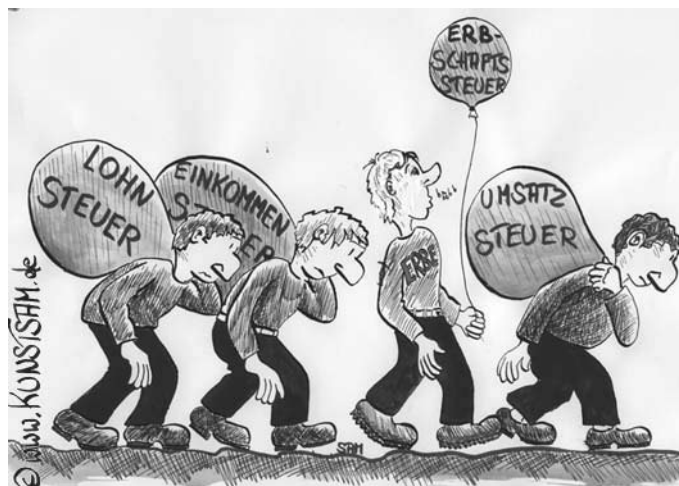
(entsprechend der Unternehmenssteuerreform II)

§ 36 Abs. 4
Für Einkünfte aus Beteiligungen an Kapitalgesellschaften oder Genossenschaften mit Sitz in der Schweiz wird der für das steuerbare Gesamteinkommen massgebliche Steuersatz um 40 Prozent reduziert, sofern die steuerpflichtige Person mit mindestens 10 Prozent am Aktien-, Stamm- oder Grundkapital der Gesellschaft oder Genossenschaft beteiligt ist. Die Satzreduktion gilt auch auf Gewinnen aus der Veräusserung von Beteiligungen des Geschäftsvermögens, wenn diese Beteiligungen mindestens ein Jahr im Eigentum der steuerpflichtigen Person oder des Personenunternehmens waren. Diese Änderung soll per 1.1. 2010 in Kraft treten.

parkplätzen» eingereicht. Die Liberalen setzten sich eben auch für die Natur ein! Hier der Text des Vorstosses
Elektromobile werden immer effizienter und kostengünstiger. So wird nächstes Jahr eine grosse Japanische Fahrzeugmarke in der Schweiz erstmals in Serie hergestelltes Fahrzeug anbieten, das eine Reichweite von 150km und eine Betriebskostensparnis von bis zu 85% gegenüber vergleichbaren Modellen mit konventionellem Antrieb aufweist. Die IWB und die Post planen den Einsatz solcher Fahrzeuge in einem Pilotversuch und werden auch öffentlich benützbare Ladestellen einrichten. Zudem steht die EU kurz vor der Verabschiedung von Richtlinien, die eine flächendeckende normgerechte Aufladung von Elektrofahrzeugen gewährleistet.

Attraktivität von Elektrofahrzeugen weiter steigern

In Basel werden Elektromobile mit 20% weniger als Benzinautos besteuert und es ist denkbar, dass sich der Steuersatz ab 2011 nach der Erarbeitung neuer Richtlinien des Bundes weiter reduzieren wird.



Basel-Stadt muss im Bemühen, die Steuerlast zu verringern, rasch und zielgerecht handeln, fordert LDP-Grossrat Andreas Burckhardt.



Wird das im Anzug von LDP-Grossrat Heiner Vischer gestellte Anliegen erfüllt, können solche Elektrofahrzeuge - hier ein Prius - in Basel-Stadt unbeschränkt und gratis parkieren.

Um die Attraktivität solcher Fahrzeuge weiter zu steigern sind aber auch andere Anreize denkbar: So können in London Elektromobile (bei absoluter Steuerfreiheit) schon seit einigen Jahren gebührenfrei und unbefristet auf öffentlichen Parkplätzen parkieren. Im Rahmen der neuen Parkraumbewirtschaftung Basel könnte das unentgeltliche und unbefristete Parkieren von Elektromobilen auf Allmendparkplätzen eine grosse Attraktivitätssteigerung zum Kauf eines solchen umwelt-schonenden Fahrzeuges führen und den CO₂-Ausstoss der Fahrzeuge weiter verringern. Die Anzugssteller bitten deshalb den Regierungsrat zu prüfen und zu berichten, ob

- er auch der Meinung ist, dass eine Attraktivitätssteigerung für den Kauf eines Elektromobiles zu einer weiteren Reduktion des CO₂-Ausstosses führen wird
- Elektromobile auf den Parkplätzen in der blauen Zone, in der weissen Zone mit Zeitbeschränkung, auf gebührenpflichtigen Parkplätzen in der weissen Zone sowie auf den Kantonsstrassen in Riehn und Bettingen unbefristet und gebührenfrei parkiert werden können
- weitere Massnahmen zur Attraktivitätssteigerung für den Kauf von Elektromobilen geplant sind.

Nun hat der Regierungsrat zwei Jahre Zeit, sich zu diesem Postulat zu äussern - die LDP wird sich weiter in Energie- und Umweltfragen zu Wort melden.

Interpellation Christine Wirz-von Planta: Keine Parkraumbewirtschaftung mittels Baggerschaukel

Den Einwohnerinnen und Einwohnern in den Basler Wohnquartieren muss es auch weiterhin möglich bleiben, ihre Fahrzeuge in möglichst unmittelbarer Nähe zu ihrem Zuhause abstellen zu können. Vor allem ist eine Politik abzulehnen, mit der unnötig Parkplätze gesperrt werden und so der Eindruck erweckt wird, ‚grüne‘ Parkraumpolitik durch die Hintertür einzuführen. Christine Wirz-von Planta spricht in ihrer jüngst eingereichten Interpellation diese Thematik an: Im Hegenheimer-Quartier werden zur Zeit viele Quartierstrassen aufgerissen. Anscheinend stehen die Arbeiten in Zusammenhang mit der Verlegung von Glasfaserkabeln. Es fällt auf, dass – obwohl jeweils nur kleine Löcher gegraben werden – gleich praktisch sämtliche Parkplätze an den betreffenden Stras-

sen gesperrt werden. Um den Sperrungen Nachdruck zu verleihen, werden auf den (ansonsten freien) Flächen Baggerschaukeln, Bretter und anderes Material äusserst locker platziert. Dann passiert meist nichts mehr, so dass die Absperrungen von ansonsten freien Parkplätzen speziell auch an Wochenenden die Anwohnenden ärgern. Da nicht etappenweise vorgegangen wird, sondern mehrere kleine und grössere Quartierstrassen betroffen sind, herrscht zur Zeit in diesem Quartier echte Parkplatznot, was wiederum zu massivem Suchverkehr, vor allem in der Nacht, führt. Anwohner, die Bretter vor den sinnlos abgesperrten Parkplätzen verschieben, um ihr Fahrzeug abzustellen, werden unbarmherzig gebüsst. Im Sinne einer Momentaufnahme sah die Situation allein im nachfolgenden, kleinräumigen Geviert wie folgt aus:

- Hegenheimerstrasse: ca 40 Parkplätze gesperrt
- Stöberstrasse: ca 25 Parkplätze gesperrt
- Colmarerstrasse: ca 20 Parkplätze gesperrt

Da auf weiteren Strassen in der näheren Umgebung bereits Markierungen angebracht sind, ist zu befürchten, dass sich die Situation bald noch verschärfen wird. Dazu die folgenden Fragen an den Regierungsrat:

1. Warum können die Arbeiten nicht etappenweise aus-



Interpellantin Christine Wirz-von Planta, hier am Apéro nach der letzten Mitgliederversammlung.

geführt werden, um den Anwohnenden zumindest einige Parkiermöglichkeiten zu erhalten?

2. Wenn schon in mehreren, nahe beieinander liegenden Strassen gearbeitet wird: Wieso kann das benötigte Material nicht auf einen Sammelplatz konzentriert werden, statt Dutzende von Parkplätzen zu blockieren?
3. Wieso bleiben unzählige Parkplätze vor und nach den «Mini-Baustellen» (sogar über's Wochenende) gesperrt, obwohl die Flächen für die Arbeiten nicht benötigt werden?
4. Täuscht der Eindruck, dass hier nicht bauliche und arbeitstechnische Erfordernisse für das Handeln massgebend sind, sondern eine «Erziehung» derjenigen Anwohnerschaft zum «Umsteigen» angestrebt wird, die ein Auto besitzt?



Ein unrühmliches ‚Musterbeispiel‘ für sinnlos gesperrte Parkplätze - hier an der Pfefferelstrasse.

Jahresversammlung LDP Basel-Stadt

Führungs-Team bleibt

Mit einer Ausnahme stellten sich alle Vorstandsmitglieder - genauso wie Präsident und die beiden Vizepräsidentinnen zur Wiederwahl - und alle wurden auch gewählt.

Sämtliche Wahlen erfolgten einstimmig. Wiedergewählt wurden Christoph Bürgenmeier als Präsident sowie Patricia von Falkenstein und Stefanie Thomann als Vizepräsidentinnen. Mit Ausnahme von Michael Rossi, der aus beruflichen Gründen zurücktrat, stellten sich auch sämtliche Vorstandsmitglieder erfolgreich der Wiederwahl (s. Kasten rechts). Die Jahresrechnung 2008, die mit einem kleinen Überschuss

abschliesst wurde ebenso genehmigt wie der Revisorenbericht. Dem Vorstand wurde einstimmig Décharge erteilt. Nachdem beschlossen wurde, die Mitgliederbeiträge auf bisherigem Niveau zu halten, wurde auch das Budget 2009 verabschiedet. Eine deutliche Mehrheit ergab auch die Parolenfassung zum eidgenössischen Traktandum «Zukunft der Komplementärmedizin» - das Ja wurde mit 36 zu 5 Stimmen bei 2 Enthaltungen

gefasst. Umstrittener war da schon der Entscheid über den «biometrischen Pass»: Die Ja-Parole wurde schliesslich mit 26:13 Stimmen beschlossen. Wie man heute weiss, war der Souverän am Abstimmungs-sonntag derselben Meinung wie unsere Partei. Hier nun ein bunter Bilderbogen aus der Versammlung. Alle Fotos wurden von LDP-Vorstandsmitglied Philip Karger gemacht.

Der LDP-Vorstand

Christoph Bürgenmeier, Präsident

Patricia von Falkenstein, Vizepräsidentin

Stefanie Thomann, Vizepräsidentin

Michael Michaelis, Finanzen

André Auderset, Medien

Lukas Faesch
Philip Karger
Markus Stadlin
Thomas Strahm
Heiner Vischer
Michael Wieser
Christine Wirz-von Planta



Pensionskasse Basel-Stadt

Sanierung muss echt paritätisch erfolgen

Dass die Pensionskasse des Kantons Basel-Stadt saniert werden muss, hat mittlerweile auch deren Führungsgremium eingesehen. Die von diesem vorgeschlagene Lösung ist aber keineswegs echt paritätisch. Es muss deshalb nachgebessert werden, wie die LDP zusammen mit CVP, FDP, SVP und Grünliberalen fordert.

Der Verwaltungsrat der Pensionskasse hat erkannt, dass Sanierungsmassnahmen unumgänglich sind. Der Verwaltungsrat zeigt sich – im Gegensatz zur SP – grundsätzlich willens, das aktuelle Gesetz und damit den vor bald zwei Jahren unter allen politischen Lagern erzielten Kompromiss einzuhalten. Das ist erfreulich.

Konzept unzureichend

Das vorgeschlagene Konzept sieht vor, dass sowohl der Staat als auch die Versicherten zur Sanierung beitragen müssen. Das entspricht der gesetzlichen Regelung. In der konkreten Ausgestaltung ist der Vorschlag jedoch nicht paritätisch. Der Staat soll mit dem Einschluss von flüssigen Mitteln einen echten Beitrag leisten. Die Rentner und Rentnerinnen sollen mit dem fast vollständigen

Verzicht auf die künftige Teuerungsanpassung der Renten ebenfalls einen wirklichen Beitrag leisten.

Zu geringer Beitrag der Angestellten

Die aktiven Angestellten des Kantons leisten zwar auch einen Beitrag, aber dieser fällt im Vergleich mit den Beiträgen der anderen Parteien viel zu gering aus. In diesem Punkt ist der Grundsatz der Parität verletzt.

Der für die aktiven Angestellten vorgesehene einmalige Verzicht auf einen Teuerungsausgleich im Umfang von 1% ist keine geeignete Form für einen paritätischen Sanierungsbeitrag. Dieses Modell wurde zwar in der letzten Pensionskassen-Sanierung gewählt. Damals aber bestand keine gesetzliche Vorschrift, dass die Sanierung paritätisch

erfolgen müsste. Dass die Angestellten ihren Beitrag in Form eines Teuerungsverzichts leisten durften, war damals Teil eines Kompromisses. Dem heute (als Resultat eben dieses Kompromisses) bestehenden gesetzlichen Paritätsgrundsatz vermag diese Form des «Sanierungsbeitrags» nicht zu genügen.

Teuerungsverzicht nicht nachhaltig

Der Grund dafür liegt darin, dass der Teuerungsverzicht nicht auf lange Dauer nachhaltig wirken wird. Das politische Kräftespiel im Kanton Basel-Stadt wird früher oder später dazu führen, dass das Lohnniveau sich (auf welchem Weg auch immer) wieder an das gewohnte Niveau anpassen wird, dass also der offiziell für die Dauer von 19 Jahren ausgesprochene

Lohnverzicht faktisch wieder eliminiert werden wird. Kein politisch realistisch denkender Mensch kann glauben, dass eine künstlich geschaffene Senkung des Reallohniveaus um 2% in unserem Kanton über zwei Jahrzehnte Bestand haben wird.

Sanierungsbeitrag oder Verzinsungsverzicht

Die bürgerlichen Parteien fordern deshalb, dass der Sanierungsbeitrag der aktiven Angestellten auf anderem Weg erbracht wird. Die normale und üblicherweise in erster Linie ins Auge gefasste Massnahme ist die Erhebung von Sanierungsbeiträgen. Als Alternative könnte auch ein individueller Verzicht auf die Verzinsung des Vorsorgeguthabens in einem gewissen Umfang geprüft werden. Diese Massnahme wäre (im Gegensatz zum Teuerungsausgleichs-Verzicht auf dem laufenden Lohn) konjunkturverträglich. Sie hätte für den einzelnen Versicherten zur Folge, dass im Zeitpunkt der Pensionierung ein etwas geringerer individueller Rentenanspruch (entsprechend einer geringeren Anzahl Beitragsjahre) bestehen würde. Im Hinblick auf den nach wie vor sehr guten Rentenplan der Pensionskasse BS muss diese Konsequenz in Kauf genommen werden können. Geprüft werden muss ferner, ob es tatsächlich nötig ist, dass der Staat mit seiner Vorschussleistung sofort die gesamte Deckungslücke schliesst, oder ob es nicht sinnvoller wäre, den Kapitaleinschuss zeitlich gestaffelt vorzunehmen.

Überarbeitung notwendig

Die bürgerlichen Parteien wollen sich dem Gespräch auf der Basis des nun vorliegenden Vorschlags nicht verschliessen. In Bezug auf den Beitrag der aktiven Angestellten muss der Vorschlag aber überarbeitet werden. Es kann nur eine Lösung in Frage kommen, die tatsächlich paritätisch ist – nicht nur mathematisch, sondern auch zeitlich, politisch – und spürbar.



Mit der Forderung, die Pensionskasse des Kantons echt paritätisch zu sanieren, ist es erneut gelungen, ein wichtiges Anliegen der bürgerlichen Seite gemeinsam vorzubringen. Hier (v.l.n.r) die Parteipräsidenten Markus Lehmann (CVP), Daniel Stolz (FDP), Christoph Bürgenmeier (LDP) und Sebastian Frehner (SVP) beim Übereichen von gemeinsam gesammelten Unterschriften an Vize-Staatschreiberin Barbara Schüpbach.

Bildungsraum Nordwestschweiz: LDP steht weiter zu diesem wichtigen Projekt

Die Basler Liberalen stehen auch weiterhin zum Projekt eines Bildungsraumes Nordwestschweiz. Das Nein im Kanton Aargau zum «Bildungskleeblatt» wird bedauert. Das zentrale Anliegen einer gemeinsamen Weiterentwicklung der Schule in den vier Kantonen darf deswegen aber nicht aufgegeben werden. Entsprechend hat sich die LDP Basel-Stadt auch im Vernehmlassungsverfahren geäussert. Der LDP-Vorstand hat den Antwortentwurf der parteiinternen Bildungskommission einstimmig verabschiedet.

Mit grossem Bedauern hat die LDP Basel-Stadt vom kürzlichen Nein des Aargauer Souveräns zu den Reformvorlagen im Bildungsbereich Kenntnis genommen. Selbstverständlich muss dieses Volksvotum ernst genommen werden.

Das langfristige Ziel nicht aufgeben

Das Ziel einer intensiven Zusammenarbeit der beiden Basel mit Aargau und Solothurn darf deswegen aber keineswegs aufgegeben werden, auch wenn zeitliche und inhaltliche Anpassungen wohl unumgänglich sein werden. Erfreut sind die Liberalen über die von den Bildungsdirektoren der vier Kantone geäusserte Überzeugung, am zentralen Punkt einer Harmonisierung

der Schulsysteme festzuhalten. Die LDP Basel-Stadt sagt ihrem Regierungsrat Christoph Eymann und seinen drei Kollegen alle dazu nötige Unterstützung zu.

Für regionale Harmonisierung

Im gleichen Sinn fällt auch die Antwort der LDP in der Vernehmlassung zum Thema «Gesamtschweizerische und regionale Harmonisierung der Schulen» aus. Die parteiinterne Bildungskommission hatte die Antwort in intensiven Beratungen vorbereitet; der Parteivorstand stimmte dem Entwurf in seiner Sitzung vom 18. Mai einstimmig zu. Klar Ja sagt die LDP zum Beitritt Basel zu den Konkordaten «HarmoS» und «Sonderpäd-

agogik». Auch der Abschluss eines Staatsvertrags zur Schaffung eines Bildungsraumes Nordwestschweiz wird begrüsst, wobei dieser Vertrag den partizipierenden Kantonen eine grösstmögliche Flexibilität erhalten muss. So ist die Förderung «Deutsch vor Einschulung» in Basel-Stadt im bisherigen Umfang beizubehalten.

Kontrovers diskutierte Basisstufe

Kontrovers diskutiert wurde in der Bildungskommission die Thematik «Basisstufe». Positiv gewertet wurde am Vorschlag, dass eine formfreiere Ausbildung erfolgen und individueller auf die Bedürfnisse eingegangen werden kann. Als problematisch erachtet wird



Sein Kampfgeist ist im Bereich Bildungspolitik mehr denn je gefragt: Der liberale Basler Erziehungsdirektor Christoph Eymann.

dagegen die Durchmischung von vier Jahrgängen, und es ist zu bedenken, dass die Primarschulen wie die Kindergärten bislang gut funktioniert haben. Als äusserst positiv sieht die LDP die vorgeschlagene Dreigliedrigkeit der Sekundarstufe sowie die Absicht, in den Volksschulen Leistungstests und Abschlusszertifikate einzuführen. Die so entstehende Transparenz der Leistungen erleichtern den Absolventen den Einstieg ins Berufsleben.



So beschaulich, idyllisch wie im Innenhof der Universität Basel geht es zur Zeit in der regionalen Bildungspolitik nicht zu. Die LDP Basel-Stadt will aber weiter dafür einstehen, die dringend notwendige Harmonisierung hin zum Bildungsraum Nordwestschweiz zu realisieren.

Mitglieder werben Mitglieder

Das wertvollste Kapital einer Partei sind ihre Mitglieder. In qualitativer Hinsicht kann sich die LDP Basel-Stadt da nicht beklagen: Wir verfügen über eine Vielzahl äusserst engagierter Mitglieder. Wo es hingegen noch Verbesserungspotential gibt, ist im quantitativen Bereich. Die LDP soll und will bei der Zahl der Mitglieder zulegen. Dazu wird eine Aktion ‚Mitglieder werben Mitglieder‘ durchgeführt. Die entsprechenden Aufforderungsschreiben haben Sie erhalten. Helfen Sie mit, der LDP mehr Mitglieder und damit noch grösseres Gewicht zu verschaffen!

Quartierverein Grossbasel-West: Traditioneller Apéro bei Christine Wirz-von Planta

Regelmässig ein- bis zweimal im Jahr treffen sich die Mitglieder des LDP-Quartiervereins Grossbasel-West bei Grossrätin Christine Wirz-von Planta zu einem gemütlichen Apéro. Am 14. Mai wurde erneut sehr stimmungsvoll und politisch informativ zusammen gesessen. Regierungsrat Christoph Eymann erläuterte einige aktuelle Geschäfte, Präsidentin Stefanie Thomann berichtete über das Programm des Quartiervereins und André Auderset informierte über die anstehende Abstimmung zum Wasgenring-Rückbau.



Riehener Gesamterneuerungswahlen in Gemeinderat und Einwohnerrat 2010:

Es ist wieder soweit – es wird abgerechnet

Die laufende Legislatur neigt sich ihrem Ende zu und im Dezember 2009 sind bereits wieder die Wahlvorschläge für den Gemeindepräsidenten, die 6 übrigen Gemeinderäte und die insgesamt 40 Einwohnerräte einzureichen.



Dr. Markus W. Stadlin
Präsident LDP
Riehen/
Bettingen

Die Wahlen finden am 7. Februar 2010 statt, der Termin für den zweiten Wahlgang ist auf den 7. März 2010 angesetzt. Die LDP Riehen/Bettingen steckt bereits tief in den Wahlvorbereitungen, mögliche Kandidaten werden angesprochen, Wahlkampfstrategie und -themen erörtert, Positionen definiert und last but not least Koalitionen intern erörtert und mit den Partnern verhandelt. Die anstehenden Wahlen zeichnen sich durch einige Besonderheiten aus, die für die Riehener LDP eine echte Herausforderung darstellen. Erstmals treten die vor einem

Jahr in Erscheinung getretenen Grünliberalen (GLP) an; dies gilt sicherlich für den Einwohnerrat. Ob sie einen Kandidaten in die Gemeinderatswahl schicken, ist noch nicht bekannt. Die GLP hat bei den Grossratswahlen ein beachtliches Ergebnis erzielt. Die Grünliberalen haben sich – möglicherweise taktisch bedingt – als Partei politisch noch nicht positioniert und sind deswegen nicht greifbar. Sie werden versuchen, den LIBERALEN, allein schon aufgrund ihres Namens, Wählerstimmen abzunehmen. Sodann ist mit einem lauten Wahlkampf der Riehener SVP zu rechnen. Es wird sich zeigen, ob die Riehener Wähler auf die einfachen, plakativen politischen Botschaften der SVP ansprechen werden. Die LDP Riehen/Bettingen ist überzeugt, dass die SVP mit ihrer oberflächlichen Politik nicht langfristige Wirkung

erzielen kann und auch nicht wird. Sie hofft, dass der SVP zufolge der von ihr in den vergangenen Monaten verfolgten z.T. unhöflichen, jedenfalls schädlichen Verhinderungsstrategie kein – ihr nicht zustehendes – positives Wahlergebnis gelingt. Die Riehener LDP als wählerstärkste Partei gestaltet stattdessen unser Dorf seit Jahrzehnten sowohl im Gemeinderat wie auch im Einwohnerrat erfolgreich und nachhaltig. Sie vertritt zur Umsetzung der von ihr verfolgten politischen Zielsetzungen auch kurz- und mittelfristig unattraktive Positionen – und zählt darauf, dass die von den LDP-Mandatsträgern täglich geleistete Arbeit von den Wählern – auch in unserer heutigen schnellebigen Zeit – geschätzt und belohnt wird. Wählen Sie Ihre Partei und sorgen Sie bitte dafür, dass Ihre Freunde und Bekannten dies ebenfalls tun werden!



Auch das LDPmobil war in Riehen im Einsatz.

Weil uns unser Dorf und dessen Umgebung am Herzen liegt, werden wir alles daran setzen, den Riehener Wählern attraktive Kandidaten zu präsentieren, die bisherigen verdienten Mandatsträger wie auch interessierte, verantwortungsbewusste und gescheite neue Köpfe.

Am „Uusestuehle“ vom vergangenen Samstag 20. Juni 2009 an der Ecke Schmiedgasse/Wettsteinstrasse in Riehen haben die Riehener LIBERALEN ihren Wahlkampf eröffnet. Sie konnten zahlreiche Freunde, Sympathisanten und Interessierte am LDP-Stand zum kurzen Plausch, zum Meinungsaustausch und zu einem feinen Glas begrüssen.



Zahlreiche Freunde und Sympathisanten konnte die LDP Riehen/Bettingen an ihrem Stand am „Uusestuehle“ vom vergangenen Wochenende begrüssen.

Mitglieder-Datenbank wird Erfolg

Inzwischen hat schon weit über die Hälfte der Mitglieder Ihr Datenblatt mit den Korrekturen zurückgeschickt. Vielen Dank! Mehr als zwei Drittel davon haben uns erlaubt, ihnen die Partei-Informationen per Mail zukommen zu lassen. Dadurch sparen wir pro Versand jedesmal mehr als 300 Franken ein. Wir bitten diejenigen Mitglieder, die das Datenblatt noch nicht retourniert haben, dies bis Ende der Ferien zurückzusenden.

Philip Karger

Eine ganz persönliche Meinung:

Das sollt me verbiete!



von
André Auderset
Redaktor
LIBERAL

Wie oft gibt es etwas in unserem täglichen Umfeld, was uns spontan stört, unserer Lebensart zuwider läuft – und das einfach ärgert. Und wie oft ertappt man sich blitzschnell mit dem Spruch auf der Zunge: «Das sollt me verbiete!» Glücklicherweise denken die Meisten (und Liberale sowieso) gleich weiter und suchen nach Lösungen, ganz im Sinne von «Leben und leben lassen». In der Politik läuft es seit geraumer Zeit aber genau in die andere Richtung: Alles, was irgendwen stört, das soll verboten werden. Und diese Verbote, diese Rufe nach mehr Staat und mehr Regulierungen, kommen meist ausgerechnet aus der linken Ecke. Von denen also, die noch in ihrer Jugend «Freie Sicht aufs Mittelmeer» und «macht aus dem Staat Gurkensalat» gefordert haben, und denen es jetzt gar nicht geregelt und engstirnig genug zugehen kann.

Einige Beispiele gefällig?

Obwohl das Rauchen in den «Baizen» schon mit den beschlossenen und umgesetzten Massnahmen stark eingeschränkt wird, soll die rauchende Minderheit weiter ausgegrenzt werden. Die «Gesundheits-Taliban» lancieren eine gesamtschweizerische Initiative, um denjenigen Kantonen Herr zu werden, deren Stimmvolk sich Bevormundungen entgegenstemmt und fundamentalistische Begehren abschmettert. Und schon sieht man Leserbriefe, die Nichtraucherzonen in Gartenwirtschaften fordern; es könne doch nicht sein, dass die Rauchenden sich draussen vergnügen, während die

Nichtraucher nach drinnen flüchten müssen. Rauchen in der Öffentlichkeit: «Das sollt me verbiete!» Draussen dürfen sich Raucher und Nichtraucher nur auf behördlich genehmigten Stühlen unter ebensolchen Sonnenschirmen vergnügen – und das bitte leise! Wobei staatlich Besoldete täglich vorbeikommen, um zu messen, ob nicht ein Stuhl fünf Zentimeter zu weit draussen steht. Warum nicht gleich – Gartenwirtschaften: «Die sollt me verbiete!» Apropos Lärm: Sollte das diesjährige «Basel Tattoo» eventuell etwas lautere akkustische Effekte (vulgo: Böllerschüsse) beinhalten, wird sich sicher wieder ein stadtbekannter Kleinbasler in von ihm betreuten Foren lauthals äussern: «Das sollt me verbiete!» Um eine weitere Lärmquelle von vorneherein auszuschalten, kommen einige Gemeinden in der Schweiz auf die Idee, für junge Menschen nachts Ausgehverbote zu verhängen. Wann kommt dies in Basel? Oder vielleicht sollte man das Übel gleich an der Wurzel packen – Kinderkriegen: «Das sollt me verbiete!» Wenn dann die Familien (?) deutlich kleiner werden, braucht man auch nicht mehr so grosse Autos – was für die grüne «Offroader»-Initiative ein zusätzliches Argument



Es gibt sinnvolle und weniger sinnvolle Verbote – und auch offensichtlich überflüssige. Oder kommt jemand auf die Idee, ein Baby in die Schüssel zu werfen?



Dieses Verbot erhebt immerhin Anspruch auf Originalität: In Irland ist das Douchen von Pferden verboten – auch wenn sie es nötig haben.

schaft. Dem Begehren fehlt im Titel ohnehin die Zeile «Das sollt me verbiete!» Nicht zulässig sind auch Ideen, Gebäude statt in tristem Grau etwas fröhlicher zu bemalen (es sei denn, es handle sich

um «Tags»). Ein Hausbesitzer, der sich eines solchen Plans erfrechte, wurde von der Stadtbildkommission belehrt: «Das mien mir verbiete!» Der Beispiele gibt es viele, allzu viele. Deshalb – und das ist nur meine ganz persönliche Meinung – tut ein Plädoyer not. Ein Plädoyer für mehr Gelassenheit, für Freude an Andersartigem, für Bereitschaft zum Kompromiss. In diesem Sinn: Das ewige Schreien nach noch mehr Verboten verursacht den unangenehmsten Lärm und deshalb «Das muess ändlig verbotte wärde!»

Liberaler Richter

Appellationsgericht

Präsidium:
Dr. Marie-Louise Stamm
Richter:
Dr. Jeremy Stephenson

Strafgericht

Präsidium:
Dr. Lukas Faesch
Richter:
lic.iur. Christine Burckhardt
Dr. Annatina Wirz
Ersatzrichter:
Michael-A. Michaelis

Zivilgericht

Präsidium:
Dr. Fabia Beurret
Richter:
lic.iur. Ursula Mathys
Dr. Béatrice Speiser
Dr. Peter Staehelin

Sozialversicherungsgericht

Präsidium:
Dr. Andreas Freivogel
Richter:
lic.iur. Susanne Afheldt

Vormundschafts- und Jugendrat

Präsidium:
Dr. Christoph Bürgin

Liberaler in den Schulkommissionen und Schulpfänden

Kindergarten:

Corinna Hug-Hartmann

Primarschulen:

Susanne Müller-Waldvogel
Kirsten Vorster

Orientierungs-Weiterbildungsschule:

Henry Alioth
Jacqueline Eberhardt-Bucherer
Stefanie Thomann
Anita Wiebecke

Schule für Brückenangebote:

Phillip Karger

Fachmaturitätsschule:

Kilian Schaub

Allgemeine Gewerbeschule:

Urs Hasler

Gymnasium Bäumlhof:

Claudia Schultheiss-Bühlmann

Gymnasium Kirschgarten:

Heiner Vischer

Gymnasium Leonhard:

Suzanne C. Lang

Gymnasium Münsterplatz:

Sabine Burckhardt Wasna

Wirtschaftsgymnasium:

Michael Michaelis

Anzeige

YANGiR (CAPRA IBEX SIBIRICA)

Die Capra Ibex Sibirica ist in den asiatischen Hochgebirgen (Tian Shan, Pamir, Altai, Himalaya) zwischen 3000 und 7000 m zu Hause. Uralte Steinzeichnungen in Kyrgyzstan legen nahe, dass sie einst gottähnliche Verehrung genoss.

Zum Schutz gegen das extreme Klima generiere sie eine ganz aussergewöhnliche feine Unterwolle, die von den Menschen seit Jahrtausenden gesammelt wird. Der Weichheit der Faser und der Klimakontrollfähigkeit wegen. Zusammen mit dem Wollfett ist die Isolation des Materials, Professor Grzymek' Enzyklopädie zufolge, dergestalt, „dass der Schnee auf dem Rücken dieser Steinböcke den ganzen Winter durch nicht schmilzt“.

Der Unterzeichnete hat die seltene Faser anlässlich von Exkursionen in Kyrgyzstan, der Mongolei und dem westlichen China im Jahre 2000 wieder entdeckt und reifte zur Überzeugung, sie in Augsburg in edle Duvets betten zu lassen, um ihren natürlichen Komfort optimal zu akzentuieren.



Anzeige



YANGiR ist erheblich feiner als das feinste chinesische Cashmere, vergleichbar mit dem Vicuña der Anden und wird nur vom tibetanischen Shahtoosh übertroffen. Aus Gründen des Artenschutzes beschränkt unser Haus das Angebot weltweit auf 200 Duvets pro Jahr.

Derweil liberale Werte ewig sind, stellen unsere geschätzten deutschen Partnerfabriken seit Generationen kunstvolle materielle Werte her, die natürlich, die konstant, die weder volatil, noch à la hausse, noch à la baisse sind. Es sind feine Werte. Feine Werte, die bleiben. Ganz so, wie die Liberalen.

René Friedlin

Verwaltungsrat

Groupe René Friedlin AG in Aesch/BL

Telefon: 061 712 15 18

speciality-fibres@grfag.ch

Dr Schaggi Barteschlag maint...

Ehrligg gsait, jetzt kumm ych nümme druss! Ussgrächnet in dr Krise will dr Bundesroot dr Pryys für s Haizöl uffesetze. Mir hayge s «Klima-Ziel» nit erraicht – und dorum miess daas sy. Vo de bürgerligge Parteye han-y e lauwarmer Protescht vernoo, die Linke finde s anschynend guet. Ych nit! Vor allem verstoo ych s nit! Die säggs Rappe pro Liter sölle mi drzue bringe, weniger Haizöl z verbruche – zem Byspiil, indäm ich myni Fänschter sanier oder s Dach isolier. Ych bi aber Mieter und ha do druff gar kai Yfluss. Mym Vermieter isch es wurscht; dä verrächnet mir dr Zueschlag aifach wyter. Was söll denn das für e «Länkigsstüür» sy, wenn si gar nyt länke kah im e Land, wo hauptsächlig us Mieter bestoot? Also: Ych nenn das schlicht und aifach e Stüür-Erhöchig! Drzue kömme mir scho Zwyyfel, ob die Länkigswirkig zmindecht bi de Huusaigetümer kah funggzioniere. Nämme mir a, dr Bsitzer vo some Aifamiliehüüslü brucht pro Joor 3000 Liter Haizöl. Wenn är saniert, so spart är 1000 Liter und do drmit 90 Frangge vo dääre «Länkigsabgoob». D Sanierig koschtet ihn aber e paar tuusig Frangge. Wo isch do d Motivation? Fazit: Die Bessergeschtelte (Huusbsitzer) wird's nit kümmerere, de nit so guet Geschtelte (Mieter) blyybt nyt andersch übrig als z zahle, well si ihre Verbruch kuum länke könne. Aimool meh wird also aifach em Bürger Gäld wäg gnoh. Gäld, wo är in Konsum stegge könnti – was dr Wirtschaft besser däät!

Hier könnte Ihre Anzeige stehen

Die Liberalen möchten ihren Mitgliedern - vor allem dem in Basel-Stadt ansässigen Gewerbe die Möglichkeit geben, mit einem Inserat im LIBERAL auf sich aufmerksam zu machen. Gleichzeitig soll damit natürlich auch ein Zustupf an die Gestaltungs- und Druckkosten erzielt werden.

Wenn Sie Interesse haben, Ihr Unternehmen oder Ihre Dienstleistungen im LIBERAL vorzustellen, sind Sie uns herzlich willkommen!

Das Parteisekretariat erteilt gerne nähere Auskünfte:
Tel. 061 272 12 36
E-Mail: info@ldp.ch

LDP-Anlässe

Besuch in ‚Zolli‘ Basel am 2. Juli um 18.30 Uhr

Der Zolli-Direktor Oliver Pagan und sein stellvertretender Direktor Roland Brodmann, führen uns unter dem Motto:

„Der Zolli; Jetzt und in zwanzig Jahren“

an die Stellen im Zolli, die in den nächsten Jahren verändert werden. Wir werden erfahren wo genau das Parking entsteht und wie es aussehen wird, was für ein Aussengehege das Affenhaus bekommt, wie schön die Elefanten es in Zukunft haben werden. Bei einem kleinen Apéro haben Sie dann die Möglichkeit sich mit den Zolliverantwortlichen zu unterhalten.

Eingeladen sind alle LDP-Mitglieder, Angehörige und Freunde mit Kindern und Enkelkindern. Wir treffen uns am 2.7. um 18.30 Uhr vor dem Haupteingang des Zolli

Neue Mitglieder

Wir begrüßen folgende Persönlichkeiten als neue Mitglieder der LDP Basel-Stadt:

Kirsten Vorster-Busch, 4054 Basel

Dr. med. Wolf Vorster, 4054 Basel

4010 Basel

PP

Impressum

Liberal - Forum für liberale Politik in der Region Basel

Nr. 2 / 2009 - Juni 2009
ISSN 1660-2544

Auflage
2'500 Exemplare erscheint sechs Mal jährlich

Herausgeberinnen
LDP Basel-Stadt
LDP Riehen/Bettingen
Jungliberale Basel

Redaktion
André Auderset

Redaktionsadresse
Elisabethenanlage 25, 4010 Basel
T 061 272 12 36,
F 061 272 17 43
andre.auderset@ldp.ch

Inserate
Elisabethenanlage 25,
4010 Basel
T 061 272 12 36,
F 061 272 17 43

Herstellung
Gremper AG, Basel